

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler,
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greif-
wald G. Illies. Halle a. S. J. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heim. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.
Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 15. April. Der Bundesrat, dessen Sitzung bis zu den ersten Tagen des Mai dauern soll, hat bezüglich Neuwahl nicht-ständiger Mitglieder des Reichs-Verfassungs-Amtes beschlossen: 1) daß das Stimmverhältnis der Vorstände der unter das Unfall-Versicherungsgesetz und das Ausdehnungsgesetz fallenden Berufsgenossenschaften und der unter das letztere Gesetz fallenden Ausführungs-Behörden einerseits und der Arbeiter-Vertreter andererseits sich bemisst nach der in der Nachweisung über die gesamten Rechnungs-Ergebnisse für das Jahr 1887 angegebenen Zahl der versicherten Personen; 2) daß das Stimmverhältnis des Vorstandes der Tiefbau-Berufsgenossenschaft und der auf Grund des Bauunfall-Versicherungsgesetzes errichteten Ausführungs-Behörden einerseits und der Arbeiter-Vertreter andererseits sich nach den von dem Vorstande der Tiefbau-Berufsgenossenschaft bzw. von den genannten Ausführungs-Behörden überschlägig anzugebenden Zahlen der im Jahre 1888 versichert gewesenen Personen bemisst; 3) daß jeder einzelne Arbeiter-Vertreter zu viele Stimmen erhält, wie sich bei der Division der Zahl der bei der betreffenden Berufsgenossenschaft bzw. Ausführungs-Behörde gehörenden Arbeiter-Vertreter ergibt.

Ein noch nicht aufgekärter Zwischenfall hat sich dem „Vor-Gour.“ zufolge bei der Ankunft der Kaiserin Friedrich auf dem Bahnhof in Homburg abgespielt. Im Kaiserzimmer der Station wurde ein Herr arreztet, der bereits von Berlin aus im Zuge mitgefahren war, sich unterwegs auffällig benommen und bereits polizeilich signalisiert war. Er war anständig gekleidet, trug seinen Koffer in der Hand und erklärte auf die Frage nach seinen Absichten, er habe sich nur den Empfang in nächster Nähe ansehen wollen. Glücklicherweise hatte die Kaiserin Friedrich weder von der Verhaftung, noch von dem ganzen Vorfall irgend etwas bemerkt.

Die kaiserliche Admiralität beabsichtigt mittels freiwilliger Gaben die Mittel behufs Errichtung eines Denkmals zu Apia zum Andenken der dort verunglückten Offiziere und Mannschaften vom „Eber“ und „Adler“ aufzubringen. Wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, ist hier jedoch ein Schreiben der Admiralität eingegangen, in welchem eine Sammlung in Marine-Offizierskreisen angeregt wird.

Die Nachricht der „Post“ von der Erkrankung der obdenburgischen Erbprinzeßin, Herrschaften, sowie des Grafen und der Gräfin Frh. Hohenau auf der Reise von Bombay nach Kalkutta wird der „N. Pr. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle als völlig unbegründet bezeichnet. Die Genannten erfreuen sich vielmehr des besten Wohlbefindens. Am 25. d. Mts. treten sie von Colombo aus die Heimreise an.

Als recht beachtenswert geben wir die nachstehenden Ausführungen der russischen „Moskauer Zeitung“ über ein französisch-russisches Bündnis wieder, in welchen der deutsche Leser, auch ohne daß wir Randbemerkungen dazu machen, die hin und wieder unterlaufende Spreu von dem Weizen zu sondern wissen wird:

„Wir haben lange über den Zwischenfall von Sagallo geschwiegen, weil wir erst ausführlichere Nachrichten über diesen unglücklichen Vorgang abwarten wollten. Jetzt ist es klar, daß die Beschuldigung der russischen Missionare durch den französischen Admiral ein freventliches Blutvergießen war, welches sich durch keine ins Gewicht fallende Gründe rechtfertigen läßt. Die französische Regierung würde ihrem Admiral niemals gestattet haben, mit deutschen, italienischen oder englischen Staatsangehörigen so zu verfahren, wie das mit Angehörigen des französischen Reichs in der russischen Mission geschah. Das russische Volk wird das Blutvergießen von Sagallo nicht so bald vergessen, und jetzt schon betrachtet es diesen Zwischenfall als ein Verbrechen der hinterlistigen französischen Freundschaft. In Frankreich selbst fanden sich Leute, welche den unverschämten Behälter der Regierung anerkannten und ihr lebhafte Bedauern darüber ausprägten. Dafür stehen sie nun auf der Anklagebank! Aber mögen die französischen Opportunisten den Herrn Droule und dessen patriotische Liga auch noch so verunglimpfen — in den Augen der russischen öffentlichen Meinung wird Droule nichts verlieren: er wird für uns immer als der begünstigte Freund Russlands gelten. Die französische Republik dagegen, in der sich ungeheuerliche Dinge vorzukommen können, büßt bei uns immer mehr an Sympathie ein. Es ist für uns gleichgültig, ob Carnot oder Boulanger das Haupt der Regierung in Frankreich ist. Wir haben aber ein Recht, zu verlangen, daß die Regierung für Ausland keine geringere, sondern eine größere Rücksicht habe, als z. B. für Deutschland; denn nicht wir bedürfen Frankreichs, sondern Frankreich bedarf unser. Es giebt aber auch noch einen andern Grund, weshalb jetzt ein Bündnis Russlands mit Frankreich undenkbar ist. Kann man wohl mit einem Staat ein Bündnis schließen, in dem der eine Willkür herrscht, wo sogar die Gerichte von dem blinden Fanatismus der Parteien als Waffe benutzt werden, wo die niedrigste Selbstsucht sich geltend macht? In Frankreich herrscht jetzt völlige Anarchie. Dort steht die Frage der Regierungsform auf der Tagesordnung. Aber an den Willen des Volkes zu befragen und das demselben bedingungslos zu unterwerfen, hängt die Regierung an, Vertreter des Volkes willkürlich zu verfolgen, weil dieselben einer andern Partei angehören als die Mitglieder der Regierung. Frankreich leidet offenbar wieder in jene verfallene Stellung zurück, aus der es sich nach der Demütigung vom Jahre 1871 mit Mühe auf einige Zeit erheben konnte.“

Seit einiger Zeit gehen durch die Zeitungen Gerüchte über eine neu einzuführende Hoftracht und die kühne Phantasie mancher Berichterstatter will damit sogar in die Zeit Friedrichs I. und der Allongeperrücken zurückgehen. Vorläufig besteht, wie die „Post“ hört, allerdings die Absicht, den Hofstaat durch ein eigenes Hofkostüm, d. h. für die Herren vom Zivil, welche kein Recht zum Tragen einer Uniform haben, einen erhöhten Glanz zu geben. Der schwarze Frack und das lange Beinkleid sind in unseren modernen Prachtsälen inmitten kostbarer Tapeten, farbeprächtiger Bilder, in der Fluth elektrischen Lichtes, in dem Schimmer und Glanz der Damentolletten, der glänzenden Militär- und selbst Zivil-Uniformen nüchtern, dürftig, ja sogar die Wirkung jener abschwächenden Erscheinungen. Am englischen Hofe ist für Personen vom Zivil ein eigenes Hofkostüm vorgeschrieben, das für jeden Engländer, der nicht Militär oder Staatsdiener ist, die Bedeutung einer gewissen Formalität hat. Es ist aus der Zeit Georgs III. beibehalten, besteht aus schwarzen Cesarpins, offenem, zurückgeschlagenem schwarzem Rock mit großen Stahlknöpfen, Stahlschößen, Spitzenjabot und dreieckigem Klapphut. Als Napoleon III. in den Tuilleries wieder Hof hielt, nahm er die Kostümrückbildung des ersten Kaiserreichs wieder auf und ersetzte, in Zivil wie in Uniform, immer in weißen oder schwarzen Cesarpins. Und so war es auch für seine Gäste geboten. Am spanischen Hofe ist nur den Mitgliedern der Kortes erlaubt, in schwarzer Binde und langen Beinkleidern bei Hofe zu erscheinen. Für die übrigen Zivilpersonen sind schwarzer Frack, weiße Binde und schwarze Cesarpins, seidene Strümpfe und kurze Beinkleider vorgeschrieben. Am preussischen Hofe erhielten sich die Cesarpins für Zivil-Uniformen bis in den Anfang dieses Jahrhunderts. Ja sogar bei den Kammerherren Friedrich Wilhelms III. tanzte man noch in Cesarpins. Das Kleidsame dieser Tracht machte sich dem modernen Auge wieder bemerkbar bei jenem dem medienförmigen Hof darstellenden Feste, das damals Ihre Kaiserl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin in ihrem Berliner Palais gaben. Nicht unbekannt dürfte es sein, daß der damalige Kronprinz der Wiedereinführung dieser Hoftracht, d. h. immer nur für Zivil, sehr günstig gestimmt war. Wenn die Frage jetzt wieder, wie man hört, in ernsthafte Erwägung gezogen worden ist, so ist sie wohl auf diese Anregungen zurückzuführen, die ja auch schon unter der Regierung des hochseligen Kaisers Wilhelm lautbar wurden. Allerdings am preussischen Hofe war bisher für Zivilpersonen, die in keiner staatlichen Stellung waren, eine Hoftracht, das sogenannte habit habillé eingeführt, das der Zivil-Uniform zwar ähnlich war, sich aber von dieser in einigen wesentlichen Dingen unterschied. Zum Rang desselben bedurfte es aber einer speziellen Erlaubnis des Königs. Eine der englischen, für Zivilpersonen sehr ähnliche Hoftracht war auch für den Präsidenten des Abgeordnetenhauses befohlen und wurde von diesem getragen, wenn seine anderweitige Stellung ihm nicht das Anlegen einer anderen gestattete. Sie vereinigt den Vorzug, kleidsam zu sein und einen festlich feierlichen Charakter zu tragen. Wie sich das Hofkleid in spe gestalten wird, das entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis, umso mehr, als die Erwägungen — im besten Falle Vorschläge — wie man hört, sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden.

Unter den Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses wird es sehr bezweifelt, ob es, schon aus äußerlichen Gründen, möglich sein wird, das Einkommensteuergesetz in der gegenwärtigen Session noch zu erledigen. Es ist unermesslich, daß über das Gesetz außerordentlich langwierige und eingehende Verhandlungen in der Kommission sowohl als im Plenum stattfinden; die Verhandlungen der Kommission des Jahres 1884 kannten davon einen Vorgeschmack geben. Eine Ausdehnung der Session über Pfingsten hinaus erscheint aber kaum thöricht. Ein zwingender Grund, das Gesetz gerade jetzt zum Abschluß zu bringen, liegt wohl auch nicht vor. So begegnet man vielfach der Ansicht, man werde fast jetzt nur zu einer allgemeinen Erörterung der grundlegenden Bestimmungen gelangen, auf das Zustandekommen des Gesetzes aber werde wohl erst in der nächsten Winter-session zu rechnen sein. Der Gesetzentwurf, auch wenn er während der Osterferien eingebracht wird, erscheint eben zu altzu vorgerückter Zeit und wird bald der bekannten ermüdeten Sommer-session begegnen.

Was den „Berweis“ betrifft, den der Pastor Witte in seinem Streit mit dem Hofprediger Stöcker vom evangelischen Oberkirchenrat anlässlich seiner dort angebrachten Beschwerde erhalten hat, so verlautet aus der Entscheidung der obersten Kirchenbehörde Folgendes. Nach den Eingangsworten heißt es in diesem Bescheide:

„Soweit der Inhalt Ihrer Beschwerde mit dem im Prozeß wider den Redakteur Bäder zur Sprache gebrachten Angelegenheiten und den auf Grund derselben erfolgten Veröffentlichungen in der Tagespresse im Zusammenhang steht, waren wir schon vor Eingang der Beschwerde durch den Bericht des I. Konfistorii mit der Sache und mit den rücksichtlich beider beteiligten Geistlichen etwa zu treffenden disziplinarischen Maßregeln von Aufschichtswegen befaßt worden, abgesehen davon, daß daneben auch eine Beschwerde des Hofpredigers Stöcker gegen die Verfügung des Konfistorii vom 31. Januar bei uns erhoben worden war. — Da dieselbe zur Feststellung des hier in Betracht gezogenen Tatbestandes nichts beiträgt, so lag auch ein Anlaß nicht vor, Ihnen eine Abschrift derselben vor Abgabe Ihrer Erklärung mitzutheilen. Der Tatbestand liegt lediglich in den veröffentlichten Kundgebungen selbst. Es werden dann die in der „N. A. Z.“ veröffentlichten Briefe angezogen, zu deren Veröffentlichung sich Pastor Witte bekannt habe,

und dann heißt es weiter: Abgesehen von dem Wortlaut läuft der Sinn der beiderseitigen Veröffentlichungen unweifelhaft auf eine gegenseitige Beschuldigung des Mangels an Wahrhaftigkeit hinaus. Daran haben sich Pressevertreter genügt, welche in weiteren Kreisen der evangelischen Kirche und in den Gemeinden gerechtes Aufsehen und schweres Aergernis zu erregen geeignet waren und zweifellos erregt haben. In einer Zeit, in welcher der Irreligiosität und Gleichgültigkeit gegen die Kirche mehr und mehr um sich greifen, muß die Würde des geistlichen Amtes nach allen Richtungen hin doppelt sorgfältig gewahrt, insbesondere aber von jedem Träger desselben gefordert werden, daß er in Selbstverleugnung durch Sanftmut und Verträglichkeit den Gemeinden ein vorbildliches Beispiel gebe. (S. 70-71, Zit. IX, Z. 11. Allg. L.-N.) Gegen diese amtliche Pflicht haben Sie durch obige öffentliche Kundgebungen verstoßen und dadurch die geistlichen Kundgebungen mit veranlaßt. Die vorgebrachten Gründe können wir als Rechtfertigung nicht annehmen. Bei dieser Sachlage treten Einzelheiten, wie z. B. wer von beiden Geistlichen der zuerst Angegriffene war und welchen die größere Schuld trifft, zurück und bedürfen einer Erörterung nicht. In jenen Publikationen finden wir auch Zitate gegenüber dem Tatbestand eines Dienstvergehens gegen § 2 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1886 und das gegebene Aergernis ist so erheblich, daß wir uns genötigt fühlen, dieselben gegen Sie, wie hierdurch geschieht, einen Verweis auszusprechen. Dabei wird von uns vorausgesetzt, daß ähnliche Publikationen in Zukunft unterbleiben werden; sollte diese Erwartung sich als sinnlos erweisen, so würden schärfere disziplinarische Maßregeln in Erwägung gezogen werden müssen. — Das Schreiben motiviert ferner, weshalb auf besonders ungute Punkte, sowie verlangte Prüfung bestimmter Tatsachen nicht eingegangen werden kann und schließt: Die sonstigen allgemeinen Erörterungen in Ihrer Beschwerde vom 25. Februar c. haben uns keinen ausreichenden Anlaß zu weiteren amtlichen Maßnahmen gegeben. Dagegen ist wegen der erfolgten Publikationen dem Hof- und Domprediger Stöcker das Geheime eröffnet worden.“

Es würde jedenfalls von Interesse sein, auch diese Eröffnungen zu erfahren. — Es ist bereits gemeldet worden, daß der belgische Abgeordnete Somjee zu einem Besuche, das er gab und bei dem alle Minister anwesend waren, auch den General Boulanger geladen und dadurch so starken Anstoß erregt hatte, daß sämtliche Minister das Haus des Gesandten sofort verließen. Dieser Vorgang wird in einem Briefe aus Brüssel also geschildert: Es war eine glänzende Gesellschaft von etwa 300 Personen versammelt. Man erblickte die Minister, die Vertreter aller Gesellschaften, die höchsten Hof- und Verwaltungsbeamten, Offiziere, Senatoren und Deputierte, Großindustrielle mit ihren Frauen. Schon bei dem Beginne der Aufführung ging das Gerücht, eine große Ueberraschung stehe bevor; man dachte an die Sängerin Maierana; Niemand ahnte das Kommen. Kaum waren zwei Musikstücke verklungen, da öffnet sich die Thür und es erscheint, von Diamanten funkeln und mit einem Strauß rother Nelken geziert, Frau Somjee am Arme des General-Boulanger, der, im Gesellschaftsanzug, mit dem Orden der Ehrenlegion geschmückt, erhabenen Hauptes, lächelnd, mit lautm merkbarem Reigen die Gesellschaft begrüßt. Hinter ihnen die Herren Somjee und Graf Dillon. Die Versammlung war ob dieser „Ueberraschung“ wie versteinert. Alles erhob sich; die Frauen flatterten auf die Stühle, um den General besser zu sehen. Inzwischen begann eine wilde Flucht. Alle Minister, Generale, Vertreter des diplomatischen Korps, Volksvertreter, hohe Beamte verjagten schleunigst aus dem Saal und aus dem Hause, einzelne Frauen eilten ihnen nach. Boulanger trat, als ob er den ganzen Wirrwarr nicht merkte und schritt, immer lächelnd und „wie ein Diktator“ grüßend, bis zu den ersten Reihen, woselbst er Platz nahm. Die Vorträge begannen aufs Neue, Boulanger dankte den Künstlern und durchschritt grüßend und lächelnd die Säle, in denen die Damenwelt ihn umschwärmte. Einzelne Herren bekehrte er mit Anreden; nach halbseitigem Aufenthalt verneigte er sich vor Frau Somjee und verschwand. In ganz Brüssel herrscht nur eine Stimme der Mißbilligung über die Latzlosigkeit dieser Ueberraschung, und auch das Ministerium hat Herrn Somjee sein Mißfallen über diese Bloßstellung der Regierung kundgegeben. Der deutsche Gesandte, den dieser Wirrwarr nicht wenig belustigte, hieß mit anderen Diplomaten bis zum Schluß.

Die Frage, ob es nötig sein wird, ein besonderes Gesetz zur Hilfeleistung der durch die Wasserfluth in den östlichen Provinzen der preussischen Monarchie Geschädigten zu erlassen, wird das Abgeordnetenhause an der Hand des vorliegenden mehrfach erwähnten Antrages wahrheitsgemäß schon am zweiten Tage nach Wiederbeginn der Arbeiten, d. h. am 1. Mai, beschließen. Nach offiziellen Kundgebungen ist nicht darauf zu rechnen, daß sich die Regierung bereit erklären wird, den Antrag anzunehmen. Die Regierung ist der Ansicht, daß nach Lage der Dinge das Eingreifen der Lokal- und Provinzial-Behörden mit Hilfe der Privatwohlthätigkeit eine Unannehmlichkeit der Regierung nicht weiter nötig machen wird, als es Beihilfen aus bereiten Fonds ermöglichen können. Ueber den Umfang und die Tragweite des entstehenden Schadens sind indes die zunächst Betroffenen anderer Ansicht. In diesen Kreisen will man einen geringeren Umfang und eine minder verheerende Wirkung der diesjährigen Ueberschwemmung im Vergleich zum vorigen Jahre nicht zugeben und es bereiten sich auch in den Ueberschwemmungsgebieten Schritte vor, um

mit direkten Anliegen vor die Regierung zu treten bzw. den gedachten Anträgen eine wirksame Unterstützung zu gewähren. Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierung gegenüber begründeten Vorstellungen sich einem Vorgehen im Sinne des Antrages widersetzen wollen.

Die Aufgabe, welche durch die wiederholten Ueberschwemmungsnotstände vor Allem vorgezeichnet ist, die Ergreifung vorbeugender Maßnahmen, hat die Förderung anscheinend nicht gefunden, welche man eine Zeitlang erhoffen konnte. Leider fehlt es hier immer noch an einheitlicher Leitung und kräftiger Initiative.

Von Seiten der deutschen Kolonialgesellschaft werden Mitteilungen über die Ergebnisse der Reise verbreitet, die der deutsche Konsul in Lagos, Herr von Puttkamer — er wird in dem Bericht der deutschen Kolonialgesellschaft irrtümlich als Reichskommissar bezeichnet — im Auftrage der deutschen Regierung den Niger aufwärts nach Bida angetreten hat. Es galt, die Klagen, die seit fast 3 1/2 Jahren gegen die Royal Niger Kompany von Seiten der anderen in jenen Gebieten Handel treibenden Firmen erhoben wurden, auf ihre Berechtigung zu prüfen, da von der Niger Kompany bisher stets eingewendet worden, daß dieselben völlig grundlos und auf den Neid und die Mißgunst der mit der Niger Kompany konkurrierenden Kaufhäuser zurückzuführen seien. Der Gegenstand der Klage ist aus den Verhandlungen im deutschen Reichstage im Januar d. J. in weiteren Kreisen bekannt geworden. Die englische Gesellschaft, der das Vortrecht eingeräumt war, Ein- und Ausfuhrzölle auf dem Niger zu erheben, hatte daselbst benutzt, um durch hohe Zölle den Handel anderer Firmen in jenen Gegenden unmöglich zu machen. Sie konnte sich bei diesem Vorgehen auf die ihr für den Niger thatsächlich eingeräumten Vortrechte stützen. Seitdem sie aber Anstalten getroffen, dieselben auch auf die Gebiete westlich und östlich von der Nigermündung zu übertragen, westlich bis zur englischen Kolonie Lagos und östlich bis zum deutschen Schutzgebiet von Kamerun, ist der Widerpruch der deutschen und auch der englischen Händler immer lauter geworden. Im Mai vorigen Jahres hat in Lagos ein Protestmeeting stattgefunden, auf dem die englischen Händler in entschiedener Weise gegen die hohen, von der Niger Kompany eingeführten Zölle Widerpruch erhoben haben. Diese, wie schon bemerkt, von der Niger Kompany als unbegründet hingestellten Beschwerden haben dazu geführt, daß die deutsche und auch die englische Regierung sich entschlossen haben, durch Beamte Untersuchungen über das Auftreten der Niger Kompany veranlassen zu lassen. Die deutsche Regierung ernannte zu diesem Zwecke den bisherigen Reichskommissar im Schutzgebiet zum Berufskonsul in Lagos, Die englische Regierung hat, wie f. Z. von uns mitgeteilt wurde, einen Spezialkommissar in das Nigergebiet geschickt. Aus diesen Thatbeständen ergibt, daß kein Grund vorliegt zu der Befürchtung, daß sich über diese Nigerfrage ein neuer Streit zwischen der deutschen und der englischen Regierung erheben könnte. Fürst Bismarck hat in der Sitzung des Reichstages vom 15. Januar d. J. bereits ausgedeutet, wie dem Beschwerdepunkt am besten abzuhelfen sei. Er hob hervor, daß und jedes vertragsmäßige Recht fehle, bestimmte Forderungen an die englische Regierung bezüglich der Niger Kompany zu stellen; daß es dagegen sich empfehle, die englischen Kaufleute, die in gleicher Weise wie die deutschen unter dem mit den sonstigen liberalen Grundgesetzen der englischen Handelspolitik schwer zu vereinbarenden Vorgehen der Niger Kompany zu leiden hätten, zu einer Beschwerde bei der englischen Regierung zu veranlassen. Das ist geschehen. Die englische Regierung hat sich auch bereit gezeigt, dieselbe auf ihre Begründung untersuchen zu lassen. Es kann so keinem Zweifel unterliegen, daß auch diese Angelegenheit auf friedlichem Wege beigelegt werden wird.

Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Sanibär vom 15. d. Mts. gemeldet: Der Sultan hat heute nach Wiederherstellung von seiner längeren Krankheit wieder die ersten Audienzen erteilt und den Vertreter des englischen General-Konsuls, Hawes, empfangen.

Zu den bedauerlichsten Agitationsmitteln Boulangers und seiner Anhänger gehörte die gegenseitlich verbreitete Ansicht, daß der Zukunftsdiktator über große Geldmittel verfüge. Die boulangistischen Organe berichteten von zahlreichen „lettres chargées“, die alljährlich beim General zur freien Verfügung einträfen. In den Kreisen der Boulangisten herrscht jedoch anscheinend große Ebbe, so daß bereits die Vermuthung ausgesprochen wurde, die „Hebhe des Prophezen“ der „nationalen französischen Republik“ nach Brüssel könnte durch einen Kupferstich oder vielmehr einen Goldstich Boulangers veranlaßt worden sein. Auch heißt es, das eine und das andere boulangistische Organ werde demnächst liquidiren, was doch sicherlich nicht das für spräche, daß die Auskosten Boulangers, von der belgischen Hauptstadt aus Frankreich in seinem Sinne zu reiten, seit seiner wenig ruhmvollen Flucht gewachsen sind. Von ihrem Pariser Korrespondenten gehen der „N. Z.“ nachstehende Mitteilungen zu:

Paris, 15. April. Die Nachricht hiesiger Journale, der Direktor des „Gaulois“, Arthur Meyer, der gestern nach Brüssel reiste überbringe Boulanger von Seiten der Royalisten zehn Millionen Franken, ist ein schlechter Scherz, ganz wie das Brüsseler Telegramm einiger deutscher Zeitungen, „daß in der Brüsseler Billale des Credit Lyonnais acht Millionen Franken zur Verfügung Boulangers liegen“. Thatsächlich werden seit einigen Tagen bei verschiedenen als Monarchisten bekannten Finanziers sowie bei gewissen reichen Royalisten Antrags gemacht, um dieselben zu neuen Vorstößen zu bewegen, da die letzten Ereignisse eine bedenkliche Ebbe in der boulangistischen Rasse hervorgebracht haben.

Bezüglich des Aufenthalts Boulangers in Brüssel wurde heute versichert, die belgische Regierung wolle das Resultat des Prozesses vor dem Senate abwarten.

Ueber das neue rumänische Kabinett spricht sich ein Berliner Brief der „Königlichen Zeitung“ sehr ungünstig aus. Von den Mitgliedern seien nur die Herren Alexander Labodary und General Mann. bekanntere Persönlichkeiten. Beide hätten noch vor wenigen Tagen öffentlich erklärt, sie würden neben Bernescu wegen dessen skandalöser Amtsführung auf keinen Fall in ein neues Ministerium eintreten, wären aber dann, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Carp ausgeschlossen würde, wieder Kollegen Bernescus unter Catargi geworden. Ueber den Minister des Auswärtigen heißt es in dem Bericht:

„Labodary hat das Auswärtige übernommen, womit ein Lieblingswunsch des französischen Gesandten Herrn v. Coutouly in Erfüllung gegangen ist; Labodary gehört innerhalb der konservativen Partei einem weitverzweigten „banarischen“ Stammes an, der sich bisher stets in französisch-russischen Fahrwasser bewegt hat. Der neue Minister des Auswärtigen war einer der heftigsten Gegner der von Bratiano begründeten und erfolgreich geführten auswärtigen Politik Rumäniens. Er hat sich in letzter Zeit in diplomatischen Kreisen einen anderen Anstrich zu geben gesucht, steht aber verwandtschaftlich, gesellschaftlich und politisch zu tief in den französischen und russischen Kreisen, als daß er seinen Urtypus verleugnen und der überzeugte und überzeugende Vertreter einer nationalen rumänischen Politik werden könnte. Sein Benehmen war stets darauf gerichtet, sich mit dem russischen Vertreter Sitomow auf den besten Fuß zu stellen, wozu ihm seine neue Stellung reichlich Gelegenheit bietet wird.“

Schließlich charakterisiert der Brief das Kabinett wie folgt:

Alles in Allem stellt sich das Ministerium Catargi als ein Versuch der politisch unfähigen und nichtsnutzigen Elemente der alten heruntergekommenen Bojarenpartei dar, wieder zu Macht zu gelangen und Rumänien oligarchisch zu beherrschen; dieser Versuch wird schließlich — das sind wir gewiß — scheitern, aber schon der bloße Versuch eröffnet eine Periode schwerer innerer Kämpfe auf Kosten der wichtigsten Interessen des Landes, mit denen seit einem Jahre überhaupt ein freies Spiel getrieben wird.

Der serbische Minister des Auswärtigen, Gruttsch, hat laut telegraphischer Mitteilung aus Belgrad an die im Auslande beglaubigten Vertreter Serbiens eine Zirkularnote über die Finanzlage des Landes geschickt, in welcher er hervorhebt, die Regierung habe sich die Regelung der Finanzen als Hauptaufgabe gestellt und die Prüfung der Finanzlage sofort vorgenommen, wobei dieselbe sich überzeugt habe, daß sie nicht alle diejenigen Kredite in Anspruch nehmen könne, welche sie gemäß dem Budgetgesetz in Anspruch zu nehmen berechtigt wäre, da diese Kredite die wirklichen Staatseinnahmen übersteigerten. Deshalb habe die Regierung die notwendigen Ersparnisse sofort veranlaßt und hierdurch das Defizit auf die Hälfte ermäßigt. Gleichzeitig sei die Regierung bestraft, die Einkommensteuern des Staates zu vermehren und den Wohlstand des Volkes zu heben. Zu diesem Zwecke beabsichtige die Regierung, das Tabakmonopol, welches in Folge Auflösung des Vertrages mit den fremden Gesellschaften bereits heute einen weit größeren Nutzen abwerfe, gänzlich in den Staatsbetrieb zu übernehmen. In der Zirkularnote wird betont, daß die Regierung bemüht sei, den von dem serbischen Staate übernommenen Verbindlichkeiten nach jeder Richtung hin aufs pünktlichste zu entsprechen, um hierdurch den Kredit und das Ansehen des Staates zu heben. Schließlich wird konstatiert, daß der serbische Staat anlässlich der Pariser Comptoir d'Escompte-Affäre keinerlei Schaden erlitten habe und daß die erfreuliche Kurssteigerung der serbischen Werthe beweise, daß der ruhig und legal vor sich gegangene Thronwechsel einen neuen Zustand geschaffen habe, welcher sowohl im Innern als im Auslande berechtigtes Vertrauen einflößte.

Die Nachricht des Pariser „Temps“ über Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wegen einer europäischen Konferenz über die Bewegung gegen die Sklaverei steht mit Erklärungen in diesem unterrichteten Kreise insofern im Widerspruch, als von einem förmlichen Abschluß noch nichts verlautet hat. Die Verhandlungen scheinen allerdings im Anschluß an die bekannten belgischen und englischen Vorstellungen zu dem Ergebnis geführt zu haben, daß Deutschland und Frankreich, voraussichtlich auch Portugal, sich über die Beschaffung eines solchen gegen die Sklaverei gerichteten Kongresses verständigt hätten. Ueber den Ort desselben endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt zu sein. Bis in die letzte Zeit galt es für wahr- scheinlich, gleichsam als „magna“ gegen die Sklaverei g. . . . Bewegung um mit Rücksicht auf das Interesse des Königs von Belgien als Herrscher des Kongostates an der Sklavereifrage.

Falle a. S., 15. April. (B. Z.) Der landeskirchliche Vereinstag für den evangelischen Verein der östlichen Provinzen wird vom 17. bis 19. Juni hier abgehalten.

Wilhelmshafen, 15. April. Der Kaiser kehrte mit dem Aviso „Greif“ in Begleitung des Divisionsbootes D 2 und einem Torpedoboot um 5 Uhr aus See zurück und fuhr zum Offiziersklub, wo ein großes Diner stattfand. Das Schlußgeschwader ist nicht eingetroffen.

Wilhelmshafen, 15. April. St. Majestät der Kaiser wird den Aufenthalt hier bis morgen Nachmittag verlängern, um eine Inspektion des Schützengrabens vorzunehmen, dessen Ankunft morgen zu erwarten steht.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies. Halle a. S. J. Jul. Barck & Co. Hamburg Heim. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Bezüglich des Aufenthalts Boulangers in Brüssel wurde heute versichert, die belgische Regierung wolle das Resultat des Prozesses vor dem Senate abwarten.

Ueber das neue rumänische Kabinett spricht sich ein Berliner Brief der „Königlichen Zeitung“ sehr ungünstig aus. Von den Mitgliedern seien nur die Herren Alexander Labodary und General Mann. bekanntere Persönlichkeiten. Beide hätten noch vor wenigen Tagen öffentlich erklärt, sie würden neben Bernescu wegen dessen skandalöser Amtsführung auf keinen Fall in ein neues Ministerium eintreten, wären aber dann, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Carp ausgeschlossen würde, wieder Kollegen Bernescus unter Catargi geworden. Ueber den Minister des Auswärtigen heißt es in dem Bericht:

„Labodary hat das Auswärtige übernommen, womit ein Lieblingswunsch des französischen Gesandten Herrn v. Coutouly in Erfüllung gegangen ist; Labodary gehört innerhalb der konservativen Partei einem weitverzweigten „banarischen“ Stammes an, der sich bisher stets in französisch-russischen Fahrwasser bewegt hat. Der neue Minister des Auswärtigen war einer der heftigsten Gegner der von Bratiano begründeten und erfolgreich geführten auswärtigen Politik Rumäniens. Er hat sich in letzter Zeit in diplomatischen Kreisen einen anderen Anstrich zu geben gesucht, steht aber verwandtschaftlich, gesellschaftlich und politisch zu tief in den französischen und russischen Kreisen, als daß er seinen Urtypus verleugnen und der überzeugte und überzeugende Vertreter einer nationalen rumänischen Politik werden könnte. Sein Benehmen war stets darauf gerichtet, sich mit dem russischen Vertreter Sitomow auf den besten Fuß zu stellen, wozu ihm seine neue Stellung reichlich Gelegenheit bietet wird.“

Schließlich charakterisiert der Brief das Kabinett wie folgt:

Alles in Allem stellt sich das Ministerium Catargi als ein Versuch der politisch unfähigen und nichtsnutzigen Elemente der alten heruntergekommenen Bojarenpartei dar, wieder zu Macht zu gelangen und Rumänien oligarchisch zu beherrschen; dieser Versuch wird schließlich — das sind wir gewiß — scheitern, aber schon der bloße Versuch eröffnet eine Periode schwerer innerer Kämpfe auf Kosten der wichtigsten Interessen des Landes, mit denen seit einem Jahre überhaupt ein freies Spiel getrieben wird.

Der serbische Minister des Auswärtigen, Gruttsch, hat laut telegraphischer Mitteilung aus Belgrad an die im Auslande beglaubigten Vertreter Serbiens eine Zirkularnote über die Finanzlage des Landes geschickt, in welcher er hervorhebt, die Regierung habe sich die Regelung der Finanzen als Hauptaufgabe gestellt und die Prüfung der Finanzlage sofort vorgenommen, wobei dieselbe sich überzeugt habe, daß sie nicht alle diejenigen Kredite in Anspruch nehmen könne, welche sie gemäß dem Budgetgesetz in Anspruch zu nehmen berechtigt wäre, da diese Kredite die wirklichen Staatseinnahmen übersteigerten. Deshalb habe die Regierung die notwendigen Ersparnisse sofort veranlaßt und hierdurch das Defizit auf die Hälfte ermäßigt. Gleichzeitig sei die Regierung bestraft, die Einkommensteuern des Staates zu vermehren und den Wohlstand des Volkes zu heben. Zu diesem Zwecke beabsichtige die Regierung, das Tabakmonopol, welches in Folge Auflösung des Vertrages mit den fremden Gesellschaften bereits heute einen weit größeren Nutzen abwerfe, gänzlich in den Staatsbetrieb zu übernehmen. In der Zirkularnote wird betont, daß die Regierung bemüht sei, den von dem serbischen Staate übernommenen Verbindlichkeiten nach jeder Richtung hin aufs pünktlichste zu entsprechen, um hierdurch den Kredit und das Ansehen des Staates zu heben. Schließlich wird konstatiert, daß der serbische Staat anlässlich der Pariser Comptoir d'Escompte-Affäre keinerlei Schaden erlitten habe und daß die erfreuliche Kurssteigerung der serbischen Werthe beweise, daß der ruhig und legal vor sich gegangene Thronwechsel einen neuen Zustand geschaffen habe, welcher sowohl im Innern als im Auslande berechtigtes Vertrauen einflößte.

Die Nachricht des Pariser „Temps“ über Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wegen einer europäischen Konferenz über die Bewegung gegen die Sklaverei steht mit Erklärungen in diesem unterrichteten Kreise insofern im Widerspruch, als von einem förmlichen Abschluß noch nichts verlautet hat. Die Verhandlungen scheinen allerdings im Anschluß an die bekannten belgischen und englischen Vorstellungen zu dem Ergebnis geführt zu haben, daß Deutschland und Frankreich, voraussichtlich auch Portugal, sich über die Beschaffung eines solchen gegen die Sklaverei gerichteten Kongresses verständigt hätten. Ueber den Ort desselben endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt zu sein. Bis in die letzte Zeit galt es für wahr- scheinlich, gleichsam als „magna“ gegen die Sklaverei g. . . . Bewegung um mit Rücksicht auf das Interesse des Königs von Belgien als Herrscher des Kongostates an der Sklavereifrage.

Falle a. S., 15. April. (B. Z.) Der landeskirchliche Vereinstag für den evangelischen Verein der östlichen Provinzen wird vom 17. bis 19. Juni hier abgehalten.

Wilhelmshafen, 15. April. Der Kaiser kehrte mit dem Aviso „Greif“ in Begleitung des Divisionsbootes D 2 und einem Torpedoboot um 5 Uhr aus See zurück und fuhr zum Offiziersklub, wo ein großes Diner stattfand. Das Schlußgeschwader ist nicht eingetroffen.

Wilhelmshafen, 15. April. St. Majestät der Kaiser wird den Aufenthalt hier bis morgen Nachmittag verlängern, um eine Inspektion des Schützengrabens vorzunehmen, dessen Ankunft morgen zu erwarten steht.

Falle a. S., 15. April. (B. Z.) Der landeskirchliche Vereinstag für den evangelischen Verein der östlichen Provinzen wird vom 17. bis 19. Juni hier abgehalten.

Wilhelmshafen, 15. April. Der Kaiser kehrte mit dem Aviso „Greif“ in Begleitung des Divisionsbootes D 2 und einem Torpedoboot um 5 Uhr aus See zurück und fuhr zum Offiziersklub, wo ein großes Diner stattfand. Das Schlußgeschwader ist nicht eingetroffen.

Wilhelmshafen, 15. April. St. Majestät der Kaiser wird den Aufenthalt hier bis morgen Nachmittag verlängern, um eine Inspektion des Schützengrabens vorzunehmen, dessen Ankunft morgen zu erwarten steht.

Falle a. S., 15. April. (B. Z.) Der landeskirchliche Vereinstag für den evangelischen Verein der östlichen Provinzen wird vom 17. bis 19. Juni hier abgehalten.

Wilhelmshafen, 15. April. Der Kaiser kehrte mit dem Aviso „Greif“ in Begleitung des Divisionsbootes D 2 und einem Torpedoboot um 5 Uhr aus See zurück und fuhr zum Offiziersklub, wo ein großes Diner stattfand. Das Schlußgeschwader ist nicht eingetroffen.

Wilhelmshafen, 15. April. St. Majestät der Kaiser wird den Aufenthalt hier bis morgen Nachmittag verlängern, um eine Inspektion des Schützengrabens vorzunehmen, dessen Ankunft morgen zu erwarten steht.

